

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 16 (1941)
Heft: 7

Artikel: Kinderzulagen
Autor: Nobs, E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-101343>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kinderzulagen

Von E. Nobs, Zürich

Es genügt nicht, allein die Lohnsysteme zu diskutieren. Man muß den Sachverhalten tiefer auf den Grund gehen und sie ganz unbefangen und ohne Rücksicht auf augenblickliche Strömungen in der öffentlichen Meinung darstellen.

Ich sehe diese Tatsachen so :

Der Malthusianismus (Kleinhaltung der Kinderzahl) hat mit den Grundsätzen des Sozialismus nichts zu tun. Die Kinderzahl weiter und weiter zu beschränken, stellt keinesfalls eine Methode dar, das soziale Unrecht aus der Welt zu schaffen und die gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Dauer zu verbessern. Die absichtlich herbeigeführte Beschränkung der Kinderzahl, das System der Zweikinderhaushalte und der Ehen mit nur einem oder gar keinem Kind, dient wohl der augenblicklichen ökonomischen Besserstellung dieser Familien und erleichtert die berufliche Ausbildung des Nachwuchses, aber der Lösung der großen gesellschaftlichen Grundfragen kommen wir dadurch um keinen Schritt näher. Die kinderlosen Ehen und die Einkindehen kommen, wo nicht gesundheitliche Ursachen vorliegen, aus dem Geiste des Individualismus und dienen für einen Augenblick dem Individuum. Das Volk als Ganzes aber muß dabei auf die Dauer Schaden nehmen. Ein modernes Industrievolk zumal, das in steigendem Maße Arbeitskräfte bedarf, wird Menschen importieren. Dieser Import vollzieht sich erfahrungsgemäß vorwiegend aus Bevölkerungen mit sozial und kulturell niedrigerem Niveau. Vom Standpunkte des Gewerkschafters aus mußte in der Vergangenheit gesagt werden, daß diese Importarbeiterschaft (ich denke dabei insbesondere an solche aus den Oststaaten) häufig zu niedrigerem Lohn arbeitete, daß sie zum Teil wenig oder gar nicht organisationsfähig war und im ganzen eher als Lohndrucker wirkte.

Zwei weitere bevölkerungspolitische Tatsachen : Es steht außer Frage, daß in den vergangenen Jahrhunderten die schrankenlose Kindererzeugung ein großes soziales Übel war. Dieses Übel führte zu Armut und Verelendung in den Großfamilien der lohnarbeitenden Bevölkerung und führte ganz allgemein zu einer großen Kindersterblichkeit. Auch die Wöchnerinnensterblichkeit war im Vergleich zu heute eine sehr hohe. Aus den Anfängen der industriellen und kapitalistischen Entwicklung wissen wir, daß nirgends wie in den Schichten der ärmsten Bevölkerung so früh geheiratet und sogleich eine Massenzeugung von Geschöpfen eröffnet wurde, die unterernährt und für den Lebenskampf schlecht ausgerüstet waren. Auf diese Stufe dürfen wir nie mehr zurückfallen. Es besteht auch keine Gefahr, daß dies geschehe.

Es kam dann die Korrektur. Die besitzende Klasse und die intellektuellen Berufe, also gerade jene Grup-

pen, die am ehesten noch eine größere Zahl von Kindern hätten durchbringen können, gingen mit dem Beispiel des Ein- und Zweikindersystems voran. Nicht die soziale Not, nicht wirtschaftliche Gründe waren die Ursache dieser Entwicklung. Es steht ein gut Stück Bequemlichkeit, Egoismus, übertriebener Individualismus dahinter. Man hält den Nachwuchs für eine unerwünschte Last, der man sich soviel als möglich entzieht. Dieses Beispiel der sogenannten oberen Klasse fand Nachahmung in der gesamten Bevölkerung. Der Geburtenrückgang wurde zur sozialen Massenerscheinung in allen Ländern.

Es ist klar, daß diese Korrektur zu weit ging. Im Verlauf eines Jahrhunderts kam man von einem Extrem ins andere. Es ist aber nicht zu verkennen, daß gerade in den Volksschichten mit geringem Einkommen viel weniger ein unerfreulicher Lebensgenüßegoismus als das soziale Verantwortungsgefühl gegenüber den Kindern dazu geführt hat, daß zahlreiche wertvolle, gebärfähige Mütter, gesunde und auch erzieherisch gut veranlagte Väter es nicht glaubten verantworten zu können, etwa drei, vier oder fünf Kinder zu haben, selbst wenn die Liebe zu den Kindern keineswegs fehlte. Das minimale Einkommen manches Ehemannes zwang auch dessen Frau, einem Erwerb nachzugehen. Die lohnverdienende Frau wird nur einem oder zwei Kindern, vielleicht auch gar keinem das Leben geben. Solche Eltern wußten um den bescheidenen Lohn und den hohen Mietzins. Sie hatten Epochen furchtbarer Kriegsteuerung und darauf solche lang anhaltender Krise und Arbeitslosigkeit bei unzulänglichen Unterstützungen erlebt. Sie wollten aus der Unsicherheit einer proletarischen Existenz heraus. Den Kindern sollte durch Berufslehre oder gar das Studium der soziale Aufstieg ermöglicht werden. Wer das erreichen wollte, durfte nicht viele Kostgänger am Tische haben. Erreicht wurden diese Ziele aber nur zum Teil. Es entstand ein Überangebot von intellektuellem Proletariat, dessen soziale Lage gerade heute recht unerfreulich ist.

Als Folge dieses Überspringens ins andere Extrem traten bevölkerungspolitisch höchst bedenkliche Erscheinungen zutage. Die älteren, noch aus der Zeit höherer Geburtenzahlen stammenden Jahrgänge erhielten im Vergleich zu den schwindenden Geburtenzahlen der jüngeren Jahrgänge ein größeres Gewicht. In der gleichen Richtung der Überalterung wirkte sich auch die sehr bedeutende Verbesserung der Volksgesundheit, der Rückgang der Sterblichkeit aus. Eine Verbesserung der Geburtenzahl wird erst im Jahre 1940 (Schweiz) und deutlicher noch im ersten Quartal des Jahres 1941 (Stadt Zürich) sichtbar. Es bleibt noch abzuklären, ob hier bereits eine dauernd wirksame Umkehr der Kurve sich anzeigt oder ob es sich nicht

vielmehr um eine Auswirkung des Umstandes handelt, daß zahlreiche junge Paare in den Krisenjahre die Ehe nicht eingehen konnten und dies nun beim Nachlassen der Arbeitslosigkeit nachgeholt haben.

Soll eine grundlegende Umkehr eintreten, so bedarf es sowohl einer Änderung der Anschauungen wie auch einer Änderung der wirtschaftlichen Grundlagen zur Erhaltung der Familie. Es ist kein Zufall, daß die letzte Epoche der hochkapitalistischen Entwicklung identisch ist mit einem übermäßigen Absinken der Geburtenzahlen. Kein Zufall auch, daß in Millionen von europäischen Arbeiterfamilien eine gewisse Verbesserung des Lebensstandards nur hat erreicht werden können auf Kosten einer starken Verminderung der Kinderzahl. Soll eine dauernd wirksame Änderung eintreten, so ist es klar, daß sich grundlegende Veränderungen an der Basis unseres gesellschaftlichen Lebens vollziehen müssen. Niemand von uns wünscht eine Rückkehr zu einer Überproduktion an jungen Menschenleben, die ins Elend hineingeboren werden. Bis aber ein Zustand höherer sozialer Gerechtigkeit in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben erreicht sein wird, wie wir Sozialdemokraten es anstreben, können wir das Bevölkerungsproblem nicht vertagen. Wir haben es anzupacken und Lösungen entgegenzuführen, die selber in der Richtung einer gerechteren Gesellschaftsordnung liegen.

Dazu gehört vor allem der Kampf um einen menschenwürdigen Lohn für jeden arbeitenden Menschen. Darüber hinaus möchte ich mich in völliger Übereinstimmung mit meinem Freunde Gustav Wenk für die Ausrichtung ausreichender Kinderzulagen aussprechen. Wir haben diese überall empfohlen, wo sie erreicht werden konnten. Wir haben uns dort, wo sie schon bestanden, um ihre Verbesserung bemüht. Ich glaube nicht, daß das ein Fehler war.

Wenn heute der Ruf nach Familienschutz und Familienlohn laut wird, so geht die Gegenparole Leistungslohn wohl viel weniger davon aus, daß man dem Arbeiter mit größerer Kinderzahl ein entsprechendes Einkommen nicht gönnen möchte, als vielmehr von der Befürchtung, daß alle Lohnverdiener ohne Kinder oder mit wenigen Kindern von einer empfindlichen Minderung ihres Einkommens bedroht seien. Diese Befürchtung ist in einer Zeit scharfer Verteuerung durchaus zu verstehen. Es müßte aber nicht unbedingt so sein, daß die Kinderzulagen zu Lasten der andern Löhne gehen. Ich bin völlig davon überzeugt, daß es ein krasses soziales Unrecht ist, wenn der Familienvater, der eine fünfköpfige Familie zu erhalten hat, mit den gleichen 300 Franken im Monat auskommen soll wie ein Lediger. Wir sollten uns daher ohne Bedenken dafür einsetzen, der Not in den Familien mit Kindern zu begegnen. Auf welche Weise das am besten geschieht, darüber möchte ich mich in diesem Zusammenhang nicht äußern. Das Ziel aber scheint mir

aller Anstrengung wert zu sein. Die Aufgabe bleibt uns um so mehr gestellt, als es sich in absehbarer, naher Zeit darum handeln wird, den angesichts der heutigen Kriegsteuerung ungenügenden Einkommen mit irgendeiner Form der Kriegsnotunterstützung zu Hilfe zu kommen, eine Hilfe, die unfehlbar neben der Höhe des Einkommens auch die Kopfzahl der Familie wird berücksichtigen müssen. Bereits kommt bei den verschiedensten Institutionen der sozialen Hilfe der Maßstab der Kopfzahl zur Anwendung. Es bedarf keiner Durchbrechung des Grundsatzes des Leistungslohnes, um ein kleines Einkommen so weit zu erhöhen, daß dabei Kinder erhalten und erzogen werden können. Es kann sich dabei keineswegs darum handeln, Gebärprämien auszurichten und eine Massenfabrikation von Minderwertigen zu inauguriere. Dieser Gefahr ist mit den Mitteln der Eheberatung, des Gesundheitszeugnisses der Brautleute und der Volksaufklärung im Sinne der Eugenik zu begegnen. Man müßte auch eine Methode finden, die unser Volk vor dem Mißgriff bewahrt, daß auf Grund eines Systems von Kinderzulagen gerade in den Familien ohne soziales Verantwortungsgefühl, bei den Minderwertigen aller Art, bei Alkoholikern, bei Kranken und Deblen, eine Massenzeugung von minderwertigem, erblich belastetem Nachwuchs einsetzt, der doch im höchsten Maß unerwünscht sein muß und den zu verhindern ein ganz eminentes öffentliches Interesse besteht.

Ich bezweifle auch sehr, ob wir ans Ziel kämen, wenn etwa die Löhne der jungen Ledigen auf Kosten der Familien gesenkt werden sollten. Wie sollen diese Ledigen je in die Lage kommen, einen Hausstand zu gründen, Ersparnisse für Hausrat und Wäscheanschaffungen beiseitezulegen, wenn ihre Einkommen weiter beschnitten werden sollten? Derartige Methoden würden nicht zum Ziele führen.

Es wird wohl auf seiten der Gegner wie der Befürworter des Familienlohnes der Fehler gemacht, der Maßnahme der Kinderzulagen eine viel zu große Tragweite beizumessen. Gerade weil ich sie für ein Postulat der sozialen Gerechtigkeit halte, möchte ich vor übertriebenen Erwartungen und ebenso vor übertriebenen Befürchtungen warnen. Mit dieser Maßnahme allein wird unsere Bevölkerungsbewegung noch bei weitem nicht saniert. Es bedarf dazu einer weitgreifenden Änderung der Auffassungen und einer neuen Einstellung zur Bedeutung des Kindes in Familie und Gesellschaft und namentlich auch einer lebendigen Erfassung des Glücks, das vom Kinde kommt. Soll die Änderung dazu führen, daß das Kind in der menschlichen Gesellschaft wieder zu seinem Rechte kommt, so bedürfen wir auch einer weitreichenden Verbesserung unserer sozialen Verhältnisse, ja der Überwindung der Not in einem Ausmaß, wie Sozialdemokraten und Gewerkschafter dies seit jeher angestrebt haben.